

# Kurzinformationen

zusammengestellt von Jorge Scholz

## Schlägerei im Parlament verhindert Sturz der NWFP-Landesregierung

Eine Saalschlacht im Landtag der North-West Frontier Province (NWFP) hat am 23. Februar die Abstimmung über ein erfolversprechendes Mißtrauensvotum gegen die Regierung von Chefminister Sabir Shah verhindert. Erst riefen sich die Volksvertreter im Parlament von Peshawar Beleidigungen zu, dann warfen sie mit Stühlen und herausgerissenen Mikrofonen um sich, zuletzt lieferten sie sich mit blanken Fäusten eine wilde Keilerei. Der Anlaß des Tumults: Parlamentssprecher Hidayatullah Chamkani hatte kurz vor dem entscheidenden Urnengang zwei Abgeordnete der Regierungspartei PML (N) von der Abstimmung ausgeschlossen, da diese offen in das Lager der oppositionellen PPP übergelaufen waren. Pikanterweise handelt es sich bei den beiden Abtrünnigen, die derzeit vor dem Obersten Gerichtshof gegen den Verlust ihrer Mandate klagen, um einen amtierenden Minister und den stellvertretenden Parlamentssprechers. Noch ist unklar, ob die beiden Wendehälse bei der auf den 31. März vertagten Vertrauensabstimmung dabei sein können. Bis dahin betraute Staatspräsident Farooq Leghari den Gouverneur der NWFP mit den Regierungsgeschäften der Provinz. Ein Blick auf die Hintergründe der Affäre zeigt, daß die Bhutto-Regierung nicht ganz unschuldig daran ist, daß kaum vier Monate nach ihrem Amtsantritt die dürftig wiederhergestellte politische Stabilität erneut ins Wanken zu geraten droht: Zunächst ließ die in Islamabad regierende PPP trotz inzwischen gesicherter Mehrheit in der Nationalversammlung ein noch von der Qureshi-Übergangsregierung erlassenes Dekret, das Fraktionswechsel während der Legislaturperiode untersagte, am 6. Februar auslaufen. Dann organisierten Parteistrategen der PPP für eine Gruppe von elf interessierten NWFP-Abgeordneten der Provinzre-

gierung - darunter neben den bereits erwähnten PML-Politikern weitere neun Minister - mehrtägige Geheimverhandlungen in luxuriösem Ambiente auf einem Landgut im Sindh. Wieder daheim in Peshawar blieben die Herren Minister zwar in Amt und Würden, doch bei allen Abstimmungen votierten sie von nun an mit der PPP-Opposition und gegen ihren eigenen Ministerpräsidenten. Kein Wunder, daß die Emotionen hohe Wellen schlugen, seitdem der PPP-Oppositionsführerin der NWFP, Aftab Sherpao, mit seiner auf zweifelhafte Weise zusammengezimmerten Mehrheit offen den Sturz der Regierung von Sabir Shah betreibt.

## Senatswahlen

Die 'Pakistan Peoples Party' (PPP) von Premierministerin Benazir Bhutto hat bei den Senatswahlen am 2. März einen deutlichen Sieg errungen. Die erhoffte absolute Mehrheit im Oberhaus des pakistanischen parlamentarischen Zweikammersystems wurde allerdings verfehlt. Von 37 neu zu besetzenden Mandaten gingen 16 an die PPP, die nun mit 36 Abgeordneten im insgesamt 87köpfigen Senat die stärkste Fraktion stellt. Der Koalitionspartner PML (Junejo-Gruppe) konnte zwei Sitze gewinnen. Die oppositionelle 'Pakistan Muslim League' (Nawaz-Gruppe) von Ex-Premier Nawaz Sharif mußte sich mit sieben Senatorensitzen begnügen, die allerdings durch sechs weitere Abgeordnete aus dem Lager diverser verbündeter Kleinparteien verstärkt werden. Erstmals wurden auch zwei Frauen in den Senat gewählt. Die Senatswahlen finden alle zwei Jahre statt, wobei jeweils rund ein Drittel der gemäß Rotationsprinzip nach sechsjähriger Amtszeit ausscheidenden Abgeordneten ersetzt wird. Über die Verteilung der Sitze entscheiden die Landesparlamente der vier Provinzen Balut-schistan, NWFP, Punjab und Sindh, die mit jeweils 19 Delegierten im

Oberhaus vertreten sind. Dazu gesellen sich Repräsentanten der autonomen Stammesgebiete und der Hauptstadt Islamabad. Besonders turbulent verlief Pressemeldungen zufolge die Abstimmung im sindhischen Landtag in Karachi, wo sich die Abgeordneten eine Schlägerei lieferten. Dabei wurde ein Parlamentarier verletzt. Die Aufgaben und Funktionen des Senats innerhalb des parlamentarischen Systems Pakistans sind mit denen des deutschen Bundesrats vergleichbar. Der vom Senat gewählte Senatspräsident befindet sich als Stellvertreter des Staatspräsidenten bei Tod oder Rücktritt des Amtsinhabers in einer politischen Schlüsselposition.

## Geiseldrama in Islamabad

Drei mit Revolvern und Handgranaten bewaffnete afghanische Terroristen haben am 20. Februar in Peshawar einen vollbesetzten Schulbus gekapert und nach Islamabad entführt. Dort verschanzten sich die Gangster mit ihren Geiseln - 77 Schülern im Alter zwischen 14 und 16 Jahren sowie sechs Lehrern - im Gebäude der afghanischen Botschaft. Für die Freilassung ihrer Geiseln verlangten die Kidnapper umfangreiche Lebensmittellieferungen für die umkämpfte afghanische Hauptstadt Kabul, die Öffnung der im Januar von Pakistan geschlossenen Grenze für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Afghanistan (siehe 'Südasiens', 1-2/94), die Freilassung von 70 Landsleuten aus pakistanischen Gefängnissen, fünf Millionen US-\$ Lösegeld sowie einen Hubschrauber zur Flucht ins nördliche Afghanistan. Nach zweitägigen vergeblichen Verhandlungen, in die der pakistanische Innenminister und der afghanische Botschafter eingeschaltet waren, stürmte ein Spezialkommando der pakistanischen Armee das umstellte Botschaftsgebäude und konnte die Geiseln unverletzt befreien. Die Täter wurden bei der Aktion erschossen.



In der afghanischen Hauptstadt Kabul hat am 23. Februar eine aufgebracht Menschenmenge in Reaktion auf die Erschießung der afghanischen Geiseln die pakistanische Botschaft gestürmt. Die Demonstranten verprügelten mehrere Botschaftsangestellte, plünderten das Mobiliar und setzten das Gebäude in Brand. Der pakistanische Außenminister Asif Ahmed Ali, der kurz zuvor in Kabul eingetroffen war, hielt sich zum Zeitpunkt des Angriffs nicht in der Botschaft auf. Er wollte mit den Bürgerkriegsparteien über Sicherheitsgarantien für pakistanische Lebensmittellieferungen verhandeln. Am 25. Februar gab die Regierung in Islamabad bekannt, daß die Botschaft in Afghanistan bis auf weiteres geschlossen werde.

**Schußwechsel an pakistanisch-afghanischer Grenze**

Zwischen pakistanischen Grenztruppen und einer Gruppe schwerbewaffneter Afghanen ist es am 24. Februar an der pakistanisch-afghanischen Grenze bei Torkham zu einem Feuergefecht gekommen, als Unbekannte von afghanischem Territorium aus zwei Raketen auf eine pakistanische Zollstation feuerten. Aus den Berichten der pakistanischen Presse geht hervor, daß dabei zwei pakistanische Grenzsoldaten verletzt wurden. Weiter wird gemeldet, die beiden Raketen seien abgefeuert worden, nachdem der pakistanische Zoll eine Gruppe von 400 afghanischen Flüchtlingen abgewiesen habe.

Islamabad reagierte auf die Serie anti-pakistanischer Übergriffe mit dem Einzug aller Pässe, die in den letzten Jahren an etwa 200.000 afghanische Flüchtlinge, Diplomaten und Exil-Politiker ausgestellt worden waren. Außenminister Asif Ahmed Ali erklärte am Ende Februar vor der Presse, daß die Betroffenen nun alle üblichen Formalitäten erfüllen müßten, um ihre jetzt ungültigen Pässe verlängern zu können. Unterdessen lösten die diversen afghanischen Feindseligkeiten in Pakistan eine Welle anti-afghanischer Stellungnahmen, Presseberichte und Demonstrationen aus. In etlichen Leitartikeln wiesen enttäuschte Kommentatoren dar-

auf hin, daß Pakistan das Nachbarland während der sowjetischen Besatzung in jeder nur erdenklichen Weise unterstützt habe. Zur Zeit leben immer noch rund 1,5 Millionen afghanische Flüchtlinge in Pakistan. Ein Vertreter des Innenministeriums schloß zwar eine Ausweisung der Flüchtlinge aus, doch läßt die Regierung gegenwärtig eine mögliche Beschränkung der Bewegungsfreiheit für die in Pakistan lebenden Afghanen überprüfen.

**Generalstreik gegen Kashmirpolitik**

Mit einem landesweiten Generalstreik haben am 5. Februar mehrere

Millionen Menschen ihre Solidarität mit der muslimischen Bevölkerung im indischen Teil Kaschmirs demonstriert. Zu der Protestaktion hatten die Regierung sowie alle politischen Parteien aufgerufen. Geschäfte, Unternehmen und Behörden blieben im ganzen Land geschlossen. Auf zahlreichen Kundgebungen verurteilten Redner die Unterdrückung Kaschmirs durch indische Truppen und forderten die pakistanische Regierung auf, die muslimischen Rebellen in Kaschmir mit allen Mitteln zu unterstützen. In einer offiziellen Pressemitteilung ließ Premierministerin Bhutto erklären, daß Pakistan auch in Zukunft dem

**The first 100 days of the Government of Prime Minister Mohtarma Benazir Bhutto**

**Responsibility**

**Reform**

**Renewal**



**strengthening democratic institutions**

- election of President Sardar Farooq Ahmed Khan Leghari who has pledged to remain non-partisan.
- regular sessions of Senate and National Assembly.
- invitation to the Leader of the Opposition to hold talks.
- tabling of Bills & Ordinances for legislation in different fields.

**ending Pakistan's isolation, initiating new dynamism in foreign policy**

- enhancing international support for Kashmir.
- putting Kashmir on the agenda of official Pakistan-India talks.
- consolidation of Pakistan's security relations renewed and strengthened with friendly countries.

**stimulating economic growth**

- stock exchanges experience boom.
- foreign exchange reserves trebled.
- continuity of policy and stability assured.
- privatisation through transparency & equity initiated.
- investors in power sector and other sectors actively encouraged.
- export duties reduced.

**enforcing financial discipline**

- wasteful expenditure curtailed.
- budget deficit reduced.
- supplementary grants ended.
- tax defaulters and evaders prosecuted (Rs. 1,663 bn recovered).
- domestic borrowing by government reduced.

**ensuring better law and order**

- first of many separate women's police stations established.
- Pakistan Narcotics Control Board launches aggressive new campaign to curb drug trafficking (largest ever haul of 50 tons of charas burnt on Jan. 21).
- Law and Order Commission established to identify specific priority action areas.

**structural and policy reform**

- task forces on New Social Contract, Agriculture, Labour, and Social Security complete research and formulate recommendations.
- anticorruption body revived to ensure integrity in public service.

**investment in human development**

- allocations for education, health, and population planning increased.
- training programmes for 30,000 population planning workers launched.
- vocational skills training for 31,000 started.
- work on new children's hospital in Karachi & new rural health centres begun.

**education**

- advisory council for education reforms established.
- training programme for 10,000 primary school teachers launched.
- programme for apprenticeships in research and education for PhD students begun.
- massive programme of primary education for females and rural communities planned.

**agricultural and industrial development**

- comprehensive package of measures to boost agriculture announced.
- decision to establish Kisan Banks and Kisan Courts taken.
- incentive programmes promoting foreign investment and domestic industrialization launched.

**accelerating development of nuclear energy for power supply and peaceful application**

- On 15 January 1994, Prime Minister Mohtarma Benazir Bhutto became the first Pakistani head of government to preside over a meeting of the Council of the Pakistan Atomic Energy Commission to be held in the premises of the Pakistan Institute of Nuclear Science and Technology, whose foundation stone was laid by then Industries Minister Zubair Ali Bhutto in 1963. Important decisions taken in January 1994 have already begun to be implemented to expand generation of nuclear energy to help meet power supply needs and foster nuclear energy applications in medicine, health, agriculture and industry.

**improving basic infrastructure**

- roads & highways upgradation initiated.
- work on 1,500 MW Ghazi Bhrotha power project commenced.
- new water supply and irrigation programmes initiated.

**minorities**

- separate Division for Minorities affairs established.
- Over Rs. 117 million earmarked for welfare of minorities.
- Rs. 3.5 million sanctioned for needy members of Christian community.
- Rs. 3 million allocated for non-Muslim affectees of drought and locust infestation.

**civil aviation**

- Open Skies Policy discontinued.
- state of the art Airbus A310 aircraft inducted into PIA fleet.
- PIA Computer Academy opened in Larkana in collaboration with IBM.

  
**Ministry of Information and Broadcasting**  
 GOVERNMENT OF PAKISTAN

**Let us work together in the years ahead to build a Pakistan of justice, education, tolerance and progress.**

Die ersten hundert Tage... (aus: 'The Friday Times')



Volk von Kaschmir in seinem Kampf nach Selbstbestimmung moralisch, politisch und diplomatisch beistehen werde. Sie verurteilte in ihrer Stellungnahme die "Apathie der internationalen Gemeinschaft angesichts der Menschenrechtsverletzungen Indiens gegen die Muslime in Kaschmir". Nach Agenturmeldungen kam der Straßenverkehr in Islamabad und in einigen weiteren Großstädten völlig zum Erliegen, als jugendliche Demonstranten mit quergestellten Bussen und brennenden Autoreifen Straßensperren errichteten. In Karachi setzten Polizeikräfte Tränengas ein, um eine mit Knüppeln bewaffnete Menschenmenge daran zu hindern, das indische Konsulat zu stürmen. Ein weiterer Zwischenfall wurde vom indisch-pakistanischen Grenzübergang Atari auf der Strecke Lahore - Amritsar gemeldet: Dort hatten 15.000 indische Gegendemonstranten versucht, die Demarkationslinie zu überschreiten. Unmittelbar vor dem Kontrollpunkt, wo auf pakistanischer Seite Grenztruppen Maschinengewehre in Stellung brachten, wurde die Menge von einem starken indischen Polizeiaufgebot gestoppt.

### 2,3 Milliarden Entwicklungshilfe

Die Pakistan-Gruppe der Weltbank, der zehn europäische Länder, die USA, Japan, Kanada sowie mehrere internationale Organisationen angehören, hat der Bhutto-Regierung als Ergebnis ihres alljährlichen Treffens in Paris für das Haushaltsjahr 1994/95 internationale Entwicklungshilfe in Höhe von 2,3 Milliarden US Dollar in Aussicht gestellt. Zum Inhalt der diesjährigen Verhandlungsrunde teilte die Weltbank mit, Pakistan sei aufgefordert worden, die öffentlichen Defizite zu verringern und die Privatisierung der Wirtschaft voranzutreiben. Die Bemühungen der pakistanischen Regierung um einen Abbau der sozialen Ungleichgewichte habe man positiv bewertet. Auf Kritik sei dagegen die schleppende Umsetzung bisher geleisteten Hilfen gestoßen. Die pakistanische Delegation warb vor allem mit der Prognose eines sechsprozentigen Wirtschaftswachstums für das laufende Jahr um die Gunst der Geber. Außerdem - so das Versprechen der Unterhändler aus Islamabad - solle das Haushaltsdefizit im gleichen Zeitraum von gegenwärtig 7,9 auf 5,4 Prozent des Bruttoinlandproduktes gesenkt werden. Das Privatisie-

rungsprogramm wolle man ausweiten.

### Milliardenkredit soll Schocktherapie der Wirtschaft finanzieren

Der Internationale Währungsfond (IWF) hat Pakistan Ende Februar für den Zeitraum 1994 bis 1996 einen Kredit in Höhe von 1,3 Milliarden US-Dollar bewilligt. Es handelt sich dabei um ein im IWF-Fachjargon als "Erweiterte Strukturanpassungsfazilität" (ESAF) bezeichnetes Kreditprogramm, das wachstumsorientierte Anpassungsbemühungen von Ländern mit niedrigem Einkommen unterstützen soll. Mittel aus diesem Finanztopf sind mit der Auflage verbunden, daß vom Empfängerland mit Unterstützung der Stäbe des IWF und der Weltbank ein wirtschaftspolitisches Rahmenkonzept entwickelt wird. Die Umsetzung des gemeinsam ausgearbeiteten Reformprogramms wird dann mit dem ESAF-Kredit finanziert. Im Falle Pakistans verlangt der IWF von der Regierung in Islamabad, die Militärausgaben zu senken sowie die Verbrauchssteuern und den Benzinpreis zu erhöhen. Auch die Besteuerung der Bauern - ein Projekt, das bislang am Widerstand der mächtigen Lobby der Großgrundbesitzer scheiterte - soll laut Agenda eingeführt werden. Weitere Ziele sind die schrittweise Liberalisierung des Handels- und Investitionssektors, die Privatisierung der großen staatlichen Dienstleistungsbetriebe und die Verbesserung des Steuersystems. In der pakistanischen Presse wurde die ESAF-Vereinbarung als massiver Eingriff in Pakistans wirtschaftliche Unabhängigkeit kritisiert, der vor allem die armen Bevölkerungsschichten mit steigenden Lebensmittel- und Energiepreisen hart treffen werde. Die Wirtschaftsexperten der PPP-Regierung lobten dagegen die IWF-Rezepte als längst überfällige Maßnahmen, um die massiven ökonomischen Probleme des Landes - schrumpfendes Handelsvolumen, wachsendes Zahlungsbilanzdefizit und zurückgehende Exporte - in den Griff bekommen zu können.

### Wasser- und Energiemangel

Nach einem ungewöhnlich trockenen Winter kommt es gegenwärtig in weiten Teilen des Landes bei der Wasser- und Energieversorgung zu Engpässen. Der Wasserspiegel des Tarbela-Staudamms am Oberlauf des Indus ist so weit gesunken,

daß die Generatoren nur noch ein Drittel ihrer Leistung erreichen. Der Wasserverbrauch mußte in zahlreichen Städten und Gemeinden rationiert werden.

### Fünf Frauen vergewaltigt

Acht als Polizisten verkleidete Banditen haben in der Nacht vom 18. Januar in der Nähe von Larkana, dem Wohnsitz der Bhuttos, ein Dorf überfallen und fünf Frauen über mehrere Stunden hinweg wiederholt vergewaltigt. Zuvor hatten die bewaffneten Gangster die im Schlaf überraschten männlichen Dorfbewohner in einen Raum gesperrt. Für landesweites Aufsehen sorgte der Fall, als Lokaljournalisten herausfanden, daß sich die zuständigen Behörden wochenlang hartnäckig geweigert hatten, gegen die namentlich bekannten Täter wegen Vergewaltigung zu ermitteln. Aufgeschreckt durch die Berichterstattung der Presse über die Vergewaltigungen im Wahlkreis der Premierministerin und die Vertuschungsversuche der Behörden setzte die Polizei die Opfer und ihre Familien - arme, landlose Bauern - mit Strafandrohungen unter massiven Druck, die daraufhin während einer von der Polizei inszenierten Pressekonferenz wunschgemäß ihre gegenüber Journalisten geäußerten Behauptungen dementierten. Als jedoch die Journalisten die Frauen mit Tonbandaufzeichnungen ihrer früheren Aussage konfrontierten, brachen diese in die Enge getrieben unter Tränen zusammen und berichteten von dem Erpressungsversuch. Inzwischen befaßt sich ein hochrangig besetzter Untersuchungsausschuß des sindhischen Landtags mit dem Fall und seinen Hintergründen. Oppositionsführer Nawaz Sharif und Premierministerin Bhutto nutzten das öffentliche Interesse zu medienwirksamen Solidaritätsbesuchen der Opfer und überreichten Geldgeschenke.

### ai: Neue Attacken gegen Ahmadi

Aus einem "urgent action"-Aufruf der Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) vom 11. März geht hervor, daß gegen Mitglieder der Ahmadiyya-Glaubensgemeinschaft in Lahore in den letzten vier Monaten zahlreiche Gewalttaten verübt wurden. ai zählte in diesem Zeitraum mindestens 13 bewaffnete Überfälle auf Ahmadi-Muslime, bei denen zwei Menschen ums Leben kamen und mehr als ein



Dutzend schwer verletzt wurden. Zu den Opfern der jüngsten Gewaltwelle gegen die in den Augen orthodoxer Muslime als ketzerisch geltende islamische Sekte gehört auch ein am 6. Februar ermordeter Sohn von Hanid Nasrullah, dem geistigen Oberhaupt (Amir) der Ahmadiyya-Gemeinde. In der Regel suchen die Angreifer laut ai vorliegenden Informationen ihre Opfer gezielt in deren Wohnung auf und zwingen sie, diese zu verlassen. Die Menschen werden von ihren Peinigern befragt, ob sie zu den Ahmadis gehören und daraufhin zusammengeschlagen (Ahmadis dürfen ihren Glauben nicht verleugnen). Die Identität der Attentäter ist nicht genau geklärt, aber ai vermutet, daß es sich um Angehörige einer bewaffneten islamischen Gruppe gehört. Amnesty international ist vor allem darüber besorgt, daß die Polizei bisher nichts unternommen hat, um die Angehörigen der Ahmadiyya-Sekte vor weiteren Gewalttaten zu schützen oder die bisherigen Überfälle aufzuklären. Selbst wenn überlebende Opfer oder Familienangehörige Angaben zu den Tätern machen konnten, habe sich die Polizei geweigert, eine Anzeige aufzunehmen, heißt es in dem ai-Aufruf.

**Zehn Zentner Heroin beschlagnahmt**

Drogenfahnder des 'Pakistan Narcotics Control Board' (PNCB) haben nach eigenen Angaben am 16. Februar im Küstendistrikt Makran der Provinz Balutschistan nach einem Feuergefecht mit schwerbewaffneten Drogenschmugglern 480 Kilogramm Heroin sichergestellt. Die Schmuggler, die unerkant entkommen seien, hätten außerdem bei ihrer Flucht einen Granatwerfer zurückgelassen, hieß es in einer Mitteilung der Drogenbehörde. Am 16. Januar gelang den Gesetzeshütern in der gleichen Region ein weiterer spektakulärer Rauschgiftfund: Bei einer Razzia konnte ein Depot mit 50 Tonnen Haschisch ausgehoben werden. Aus der punjabischen Provinzhauptstadt Lahore wird gemeldet, daß die örtliche Polizei am 18. Januar 1.450 Kilogramm Morphin, das zur "Veredlung" von Opium zu Heroin verwendet wird, beschlagnahmt hat. Nach Angaben des Polizeichefs von Lahore wurde

der Heroin-Grundstoff auf einem aus Peshawar kommenden Lastwagen entdeckt. Der Polizeichef ließ außerdem wissen, daß an der Polizeiaktion auch in Pakistan operierende US-amerikanische Drogenfahnder beteiligt waren.

**UNDCP: Gewinn aus Drogenhandel übersteigt Entwicklungshilfe**

Aus einem am 28. Februar in Islamabad veröffentlichten Bericht des Internationalen Drogen-Kontrollprogramms der Vereinten Nationen (UNDCP) geht hervor, daß die pakistanische Drogenmafia jährlich Gewinne im Gegenwert von umgerechnet etwa 4,25 Milliarden DM in die heimische Wirtschaft pumpt. Diese Summe der in den regulären Wirtschaftskreislauf fließenden Drogengelder übersteige bei weitem das Volumen der internationalen Entwicklungshilfe für Pakistan. Weiter heißt es in dem Bericht, daß der Drogenhandel rund 20 bis 25 Prozent der gesamten pakistanischen Schattenwirtschaft ausmache. Deren Volumen schätzen die UN-Experten auf derzeit umgerechnet 18 Milliarden DM, was ungefähr dem Haushaltsbudget der pakistanischen Regierung entspricht. Die Autoren des UN-Reports kommen zu dem Ergebnis, daß Pakistan seine liberale Wechselkurs-Politik nur mit Hilfe der Devisenspritze aus dem Drogenhandel fortsetzen könne. Der Vorsitzende der pakistanischen Drogen-Kontrollbehörde PNCB bestritt unterdessen die Ergebnisse der UNDCP-Studie und kündigte eine eigene Untersuchung an.

**12 Tote bei Stammeskämpfen**

Bei Kämpfen rivalisierender Stämme sind in der Provinz Balutschistan im Februar mindestens zwölf Menschen ums Leben gekommen. Wie aus Meldungen aus der Landeshauptstadt Quetta hervorgeht, starben sechs Menschen bei einem Schußwechsel zwischen Mitgliedern der Stämme Nasar und Tarin nahe der 80 Kilometer nordöstlich von Quetta gelegenen Stadt Ziarat. Weitere sechs Menschenleben forderte ein blutiger Zusammenstoß bewaffneter Angehöriger der verfeindeten Stämme Rai-

sani und Rind in der Nähe von Dadhar, einer 120 Kilometer südöstlich von Quetta gelegenen Ortschaft (zu den Ursachen solcher Stammesfehden siehe auch Beitrag in dieser Ausgabe).

**Tote und Verletzte bei Moscheeatentaten**

Bei einem Mordanschlag in einer schiitischen Moschee sind in der südpunjabischen Provinzstadt Muzaffargarh fünf Menschen getötet und 25 verletzt worden. Nach Darstellung der Behörden warfen am 21. Januar mehrere unbekannte Attentäter während des Freitagsgebets Handgranaten auf die im Innenhof der Moschee versammelten Gläubigen. Nach Presseberichten verlegte die Bundesregierung nach der Bluttat mehrere hundert Polizisten in die Region, um religiös motivierten Unruhen vorzubeugen. Bei einem ähnlichen Handgranatenanschlag in der Nachbarstadt Multan - diesmal auf eine sunnitische Moschee - wurde am 5. Februar erneut ein Mensch getötet und sieben verletzt. Die Polizei vermutet, daß die Attentate auf das Konto der sunnitischen militanten ASS ('Anjuman-e Sipahan-e Sahaba'; Organisation zur Verteidigung der Prophetengenossen) und der schiitischen TNFJ ('Tahrik-e Nifaz-e Ja`fariya'; Bewegung für die Einführung des schiitischen Rechts) gehen, die sich schon seit mehreren Jahren mit blutigem Terror bekämpfen.

**Bhutto plant Deutschlandbesuch**

Nach Informationen der pakistanischen Botschaft in Bonn wird Premierministerin Benazir Bhutto zusammen mit einer hochrangigen Delegation der Bundesrepublik vom 18. bis 22. April einen offiziellen Besuch abstatten. Auf dem Programm stehen Gespräche mit Bundeskanzler Kohl, Außenminister Kinkel, Bundespräsident v. Weizsäcker sowie mit Interessenverbänden der deutschen Wirtschaft, die in Bonn und Berlin stattfinden sollen. Der Deutschlandbesuch ist nach Antritt ihrer zweiten Amtszeit die erste Auslandsreise Bhuttos in ein nicht-islamisches Land der westlichen Hemisphäre.